

9. Interpellation von Guido Grütter, Stefan Leuthold, Ruth Kern und Karin Bétrisey vom 4. Dezember 2019 "Hausärztemangel im Thurgau, was tun?"  
(16/IN 54/444)  
Beantwortung

Seite --

Erledigte

Traktanden: 1 bis 5

Entschuldigt Bruggmann Marina, Salmsach  
Ganzer Tag Merz Petra, Weinfeld  
Müller Elina, Kreuzlingen  
Scherrer Egon, Egnach

Entschuldigt Forrer Roger, Steckborn  
Nachmittag Imeri Alban, Romanshorn  
Mader Christian, Frauenfeld  
Pasche Corinna, Bischofszell  
Schrepfer Urs, Buswil

Vorzeitig weggegangen:

11.35 Uhr Schrepfer Urs, Buswil  
12.15 Uhr Forrer Roger, Steckborn  
12.40 Uhr Pasche Corinna, Bischofszell  
14.45 Uhr Müller Barbara, Ettenhausen  
15.45 Uhr Gubler René, Frauenfeld  
16.00 Uhr Diezi Dominik, Arbon

Verspätet erschienen:

14.05 Uhr Neuweiler Denise, Zuben  
14.55 Uhr Wirth Andreas, Frauenfeld

**Präsident:** Mit Datum vom 14. Februar 2021 haben Pascal Schmid, Matthias Tschanen, Hermann Lei und Oliver Martin eine Interpellation "Stop Lockdown - für eine verhältnismässige und evidenzbasierte Corona-Politik" eingereicht. Die Interpellanten beantragen dringliche Behandlung. Dabei gilt § 20 der Geschäftsordnung des Grossen Rates: "Wird für ein Geschäft, das nicht auf der Tagesordnung steht, dringliche Behandlung beantragt, ist der Vorstoss zuhanden des Präsidiums und des Regierungsrates möglichst frühzeitig, spätestens jedoch gemäss § 19 Absatz 2, einzureichen. Stimmt der Rat der Dringlichkeit zu, ist das Geschäft an der gleichen Sitzung abschliessend zu behandeln." Das Geschäft wurde fristgerecht bis spätestens am Vortag der Sitzung angekündigt. Somit behandeln

wir in einem ersten Schritt den Antrag auf Dringlichkeit. Ich eröffne die Diskussion zu diesem **Ordnungsantrag**.

**Schmid, SVP:** Im Namen der Interpellanten bitte ich den Grossen Rat, die Interpellation dringlich zu behandeln. Die Dringlichkeit liegt auf der Hand. Es geht um das wichtigste Thema unserer Zeit. Seit zwei Monaten sind Restaurants, Fitnesscenter, Kultureinrichtungen und Kinos und seit Januar auch die Einkaufsläden geschlossen. Die Arbeitslosigkeit steigt. Sport- und Vereinsaktivitäten sind lahmgelegt. Das private und soziale Leben erlebt einen Shutdown, den wir uns nie hätten vorstellen können. Die Schulden des Bundes steigen täglich um 150 Millionen Franken. Diese lösen sich nicht in Luft auf. Der Lockdown nagt an der Moral, die Verunsicherung steigt und der Bevölkerung fehlen die Perspektiven. Vor kurzem hiess es aus Bern, dass Lockerungen erfolgen, wenn die Zahlen sinken. Die Infektionszahlen sind seit November und Dezember massiv gesunken. In Bern will man von Lockerungen aber nichts wissen. Die Gefahr droht nun von Virusmutationen britischer, südafrikanischer und brasilianischer Provenienz. Man verbreitet Horrorszenarien wie vor Weihnachten, als man das Volk mit überfüllten Spitälern verängstigt hat. Die Horrorszenarien sind nie eingetreten. Der Bundesrat plant offenbar, den Lockdown zu verlängern oder möglicherweise gar zu verschärfen. Der Thurgauer Widerspruch gegenüber dem Diktat aus Bern ist verstummt. Die Taskforce ist umso lauter zu vernehmen. Sie ist fast das neue Schattenkabinett unseres Landes. Das Augenmass geht verloren. Wir können die Schweiz doch nicht in einen Dauerwinterschlaf versetzen. Unsere Freiheitsrechte werden massiv beschnitten, und zwar zunehmend konzeptlos, teilweise undifferenziert, oft widersinnig und verwirrt und leider immer leichtfertiger. Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Schäden nehmen erschreckendes Ausmass an, das wir heute noch nicht ansatzweise abschätzen können. Wir wollen COVID-19 keineswegs verharmlosen. COVID-19 ist eine heimtückische Krankheit. Das Coronavirus ist aber kein Killervirus. Die Kur dagegen ist zunehmend gefährlicher als das Virus selbst. Die Kur des Bundesrates ist brachial. Es gäbe intelligentere, gezieltere und wirksamere Massnahmen, und zwar solche mit dem Skalpell, anstatt mit dem Zweihänder. Es bräuchte ein Contact Tracing, das diesen Namen verdient, und Massentests, auch an den Grenzen. Es müssen Masken getragen werden, am besten FFP2-Masken. Es muss Abstand gehalten, desinfiziert, so rasch als möglich geimpft und Risikopersonen müssen geschützt werden, anstatt Gesunde einzusperren. Die Asiaten machen es uns vor. Sie nutzen die IT-Technologie, währenddem das Bundesamt für Gesundheit faxt. Wir müssen den Teufelskreis durchbrechen und aus dem Lockdown herauskommen. Wir fordern einen umgehenden Stopp des Lockdown und gezielte, intelligente und verhältnismässige Massnahmen. Die Massnahmen sollten auf Evidenz und nicht auf Willkür basieren. Wir fordern kantonale Lockerungen, anstatt Verschärfungen. Wir wünschen uns eine kritische, widerspenstige und lautere Stimme aus dem Thurgau, wie sie im Herbst zu vernehmen war. Der Bundesrat entscheidet nächste Woche, und er

konsultiert vorgängig die Kantone. Wenn die Ratsmitglieder wollen, dass der Bundesrat ihre Stimme als Volksvertreterinnen und Volksvertreter hört und aufnimmt und der Regierungsrat diese einbringt, müssen wir heute unbedingt darüber diskutieren. Die Bevölkerung braucht dringend Perspektiven. Die Männer und Frauen, die heute vor dem Eingang in die Rüeegerholzhalle demonstrierten, haben wir gesehen. Wir müssen ihre Meinung auf den Plakaten nicht teilen. Die Leute wollen aber gehört werden. Sie erwarten seitens des Parlamentes des Kantons, dass es über das sehr wichtige, das wichtigste Thema unserer Zeit, diskutiert. Ich danke dem Grossen Rat herzlich, wenn er Dringlichkeit beschliesst und uns die Möglichkeit gibt, zu diskutieren und dem Regierungsrat ermöglicht, vielleicht gewisse Missverständnisse auszuräumen und Klarstellungen zu machen. Dies wäre ein sehr wichtiges Zeichen.

**Steiger Eggli, SP:** Wir sind es alle satt, COVID-19 müde. Es ist dringend nötig, dass wir das Virus so weit in den Griff bekommen, dass wir alle unser Leben wieder leben können, sei es im Geschäft oder im Privaten. Es wurde schon viel erreicht; Impfstoffe in Rekordzeit entwickelt und einigen sogar schon verabreicht. Die Zahl der Ansteckungen sinkt, aber leider nicht so schnell, wie es die Wissenschaft wünscht, da mit Virusvarianten neues Ungemach droht. Welche Massnahmen noch ergriffen werden müssen und welche Erleichterungen gewährt werden können, wird der Bundesrat heute den Kantonen vorschlagen und eine Woche später entscheiden. Was an der Interpellation dringlich sein soll, ist mir nicht klar. Wir würden höchstens im Kreis herum diskutieren, weil keiner hier drinnen - mich eingeschlossen - wirklich weiss, was der Bundesrat heute vorschlägt. Die Wünsche und Forderungen der verschiedenen Interessenvertreter sind bekannt, was aber die Virusmutationen anstellen können, wissen wir noch nicht mit letzter Sicherheit. Die Dringliche Interpellation bewirkt, klärt und beschleunigt hier gar nichts, sondern wirbelt nur Staub oder im schlimmsten Fall unnötige Aerosole auf. Es reicht völlig, wenn die gestellten Fragen zu der für die Beantwortung einer Interpellation gegebenen Zeit beantwortet werden. Wie erwähnt wird der Bundesrat heute die weiteren Massnahmen bekannt machen. Diese bilden Basis für das weitere Vorgehen. Alles andere ist purer Aktionismus. Die SP-Fraktion ist einstimmig gegen Dringlichkeit.

**Stokholm, FDP:** Verdient es die Interpellation der SVP, als dringlich erachtet und heute beraten zu werden? Darüber haben wir zu befinden. Das ist Thema dringlich. Ist es das wichtigste unserer Zeit? Wenn sich die Zeit auf zwei oder drei Monate bezieht, ist es in Ordnung. Wenn es aber unsere Generation betrifft, bin ich mir nicht so sicher, ob auch andere Themen, die mindestens ebenso wichtig sind, sogar wichtiger wären. Dass das Thema dringlich ist, beweist nur schon der Umstand, dass wir uns in einer besonderen Lage gemäss der Gesetzgebung "Übertragbare Krankheiten - Epidemiengesetz" befinden. Es gibt eine gesetzliche Grundlage für das Handeln. Man hätte damals, als das Epidemiengesetz entworfen wurde, intervenieren müssen, wenn man ein anderes Vor-

gehen hätte haben wollen. Dies wurde offenbar nicht gemacht. Daraus kann man seine Lehren ziehen und das Gesetz allenfalls anpassen. Es gibt aber ein Gesetz, aufgrund dessen gehandelt wird. Dringlich ist die Not, die Teile von Gewerbe und Industrie und die jungen Erwachsenen erfasst hat. Dringlich ist auch die permanente Auseinandersetzung mit den sich laufend verändernden Herausforderungen. Dafür haben wir im Kanton Thurgau eine Spezialkommission des Grossen Rates gebildet, die jederzeit einberufen werden kann. Dafür werden wir am Anfang jeder Ratssitzung seitens des Regierungsrates informiert. Die Instrumente sind also vorhanden, um auf die Dringlichkeit zu reagieren. Die vorliegende Interpellation soll nach Auffassung einer Zweidrittelmehrheit der FDP-Fraktion nicht dringlich erklärt werden. Zum einen aus dem bereits angetönten formellen Grund: Wir haben eine Spezialkommission, die innert Wochenfrist einberufen werden kann und worin eben solche Themen ausführlich mit dem Regierungsrat und Vertreterinnen und -vertretern der Verwaltung diskutiert werden können. So ist gewährleistet, dass sich der Regierungsrat auf die gestellten Fragen zusammen mit seinen Fachleuten sorgfältig vorbereiten kann. Damit kann auch evidenzbasiert gehandelt werden. Darum haben wir die Interpellation zur Teststrategie nicht als dringliche, sondern trotz dringlicher Thematik als normale Interpellation eingereicht, jedoch mit der klaren Erwartung einer raschen Bearbeitung in der Verwaltung und in der Kommission. Zum anderen sprechen materielle Gründe gegen Dringlichkeit. Der Lockdown geht auch mir gehörig auf den "Keks". Ich sehe, wie die Jugend, die jungen Erwachsenen, einschliesslich der eigenen Söhne, die Gastronomie, die Fitnessparks, die Kultur- und Eventbranche, die Detailhändler und manche mehr leiden. Das geht auch mir nahe. Trotzdem ist jetzt überstürztes, auf wenige Zahlen beruhendes Handeln nicht gefragt. Verhältnismässigkeit und Evidenz, welche die Interpellanten erreichen wollen, brauchen entsprechend sorgfältiges Erarbeiten. Bei einer ausserordentlichen Situation, wie wir sie jetzt erleben, sind nicht nur Tempo, sondern auch und vor allem Qualität gefordert. Nur Tempo, sprich: Dringlichkeit, führt unter Umständen zu falschen Schlüssen und Entscheiden, nur Qualität führt zu nicht zeitgerechten und zu späten Lösungen. Mit dem schnellen Weg über den Regierungsrat und die Kommission ist beides, also Tempo und Qualität, gewährleistet. Erst wenn die vulnerablen Personengruppen geimpft, die Belastung des Gesundheitswesens stabil niedrig und die Ansteckungsraten verlässlich tief sind, kann etwas durchgeatmet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt braucht es kluge und wohlüberlegte Lockerungsschritte, stufenweise und möglichst gezielt für die jüngere Generation und die zwangsgeschlossenen Betriebe. Trotz Dringlichkeit des Problems brauchen verhältnismässige und evidenzbasierte Massnahmen eine sorgfältige Erarbeitung. Da bringt dringlicher Aktivismus nichts.

**Gallus Müller, CVP/EVP:** Die CVP/EVP-Fraktion hat sich mit der Dringlichkeit der Interpellation auseinandergesetzt. Wir sind noch mitten in einer Zeit, in welcher ein Voraussehen und das Erkennen des Verlaufs der Pandemie nicht möglich ist. Somit ist die

Beantwortung der Fragen, wenn sich diese nicht nur auf Ja oder Nein beschränken können, eine Art Kaffeesatzlesen. Es erscheint uns daher müssig, jetzt über diese Fragen zu diskutieren. Der derzeitige, in die richtige Richtung gehende Verlauf zeigt, dass der Regierungsrat mit seinen Entscheiden richtiggelegen ist. Wir vertrauen darauf, dass er weiterhin versuchen wird, die vernünftige Balance zwischen Gesundheit, Wirtschaft und Gesellschaft zu finden. Wir erachten es nicht als sehr zielführend, uns im jetzigen Zeitpunkt mit einer solchen Diskussion auch noch auf die Ebene der Fordernden zu stellen. Wir werden immer zu Beginn unserer Sitzung durch den Regierungsrat über den laufenden Stand informiert. Wenn es einen besseren Austausch mit dem Grossen Rat braucht, haben wir die Möglichkeit mit unserer Spezialkommission, Fragen zu stellen oder auch Vorschläge des Regierungsrates zu behandeln. Zudem ist bekannt, dass gerade die SVP-Mitglieder mit zwei von fünf Regierungsmitglieder doch sehr nahe sind. Aber dies wird unter dem Titel der Volksnähe ebenso wie auf Bundesebene, mit zwei von sieben Bundesräten, nur über solche oder ähnliche Vorstösse gemacht. Dabei wäre der Griff zum Telefon doch viel rascher und die Dringlichkeit bereits erledigt. Als Folge werden gewisse Ressourcen für den Vorstoss gebauht, die so für die Bewältigung der Pandemie fehlen. Liegt es an uns, mittels einer Dringlichen Interpellation Druck auf die Entscheidungsträger aufzubauen? Oder sollen wir besser mit gut fundierten Diskussionen eine sinnvolle Unterstützung geben? Solche "Hauruck-Übungen" sind wie geschaffen dafür, noch mehr Unsicherheit zu schüren. Wir alle erhoffen uns, möglichst bald zu einer gewissen Normalität zurückzukommen. Dafür müssen wir aber heute nicht diskutieren. Die CVP/EVP Fraktion ist mehrheitlich gegen Dringlichkeit.

**Dransfeld, GP:** Wir sind gewählte Vertreter des Thurgauer Volkes. Dieses hat sehr dringende Sorgen. Es ist unsere heilige Pflicht, diese Sorgen ernst zu nehmen und der Diskussion zu stellen. Es ist eine ausserordentliche Situation, die nach ausserordentlichen Massnahmen verlangt. Das ist kein Misstrauensvotum weder gegenüber dem Regierungsrat noch gegenüber der Spezialkommission im Zusammenhang mit COVID-19. Beide leisten in der Krise hervorragende Arbeit. Aus diesem Grund ist die grosse Mehrheit der GP-Fraktion für Dringlichkeit.

**Schenk, EDU:** Die bezüglich Qualität, Verhältnismässigkeit und Lösungsorientierung bis jetzt getätigten Aktivitäten kann die EDU-Fraktion nicht oder nur spärlich erkennen. Deshalb sind wir mit Überzeugung für Dringlichkeit. Wir müssen darüber sprechen, und es muss etwas geschehen.

**Mühlemann, SVP:** Also Gastronomie-Unternehmer und Vorstandsmitglied von Gastro Thurgau unterstütze ich die Dringliche Interpellation. Ich hoffe, dass dies auch die Ratsmitglieder tun. Seit bald zwölf Monaten beschäftigen wir uns mit dem Thema "Corona". Die Gastronomen haben ihre Betriebe seit mittlerweile vier Monaten zwangsgeschlos-

sen. Die restlichen acht Monate waren sie mit verschiedenen Massnahmen und Anpassungen geöffnet. Die Gastronomie brennt. Die Betriebe stehen vor dem Aus. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr nachzuvollziehen, weshalb wir trotz erfolgreichen Schutzmassnahmen die Restaurants weiterhin geschlossen halten müssen. Das Virus wird weiter mutieren, und es werden weitere Herausforderungen auf uns zukommen. Wir müssen damit leben lernen und nun auch neue Wege gehen. Der bisher angerichtete wirtschaftliche Schaden darf nicht noch weiter steigen. Vor allem wird der Schaden an den Menschen unterschätzt, die nicht mehr arbeiten dürfen. Sie haben Existenzängste, sie wissen nicht, wie es weitergehen soll und wie ihr Lebensunterhalt finanziert werden soll. Ich sehe es täglich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir sollten gemeinsam wieder in eine normalere Zukunft gehen. Wir sollten gemeinsam mit einem Bier anstossen und uns in der Gastronomie zu einem feinen Essen treffen können, natürlich unter Einhaltung der bekannten Hygieneregeln und zu normalen Öffnungszeiten der Gastronomie, nicht wie teilweise gefordert wird auf der Terrasse und nur bis 19.00 Uhr.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

**Abstimmung:**

Dringliche Behandlung wird mit 70:46 Stimmen beschlossen.

**Präsident:** Ich stelle die Tagesordnung zur Diskussion und schlage vor, dieses Geschäft nach der Beratung der Traktanden 1 und 2 zu behandeln.

**Ammann, GLP:** Namens der GLP-Fraktion stelle ich den **Ordnungsantrag**, die Behandlung der Dringlichen Interpellation auf den Nachmittag zu verschieben. Viele Ratsmitglieder haben der Dringlichkeit zugestimmt, weil sie als Volksvertreter in das Parlament gewählt wurden. Es ist ein liberales Grundverständnis, dass man Geschäfte besprechen kann, selbst dann, wenn man anderer Meinung ist. Deshalb ist die Dringliche Interpellation auch zustande gekommen. Wir wissen, dass der Bundesrat heute Nachmittag die Medien eingeladen hat. Alle warten darauf, was er sagt. Es kann nicht derart dringlich sein, dass wir uns heute Morgen über die Öffnung der Restaurants austauschen. Keiner weiss, was der Bundesrat am Nachmittag dazu sagen wird. Meines Erachtens wäre es gut, wenn wir zuerst zuhören und erst gegen Ende unserer Sitzung über die Dringliche Interpellation sprechen. Dies lässt zu, dass die Votanten ihre Voten entsprechend den Ausführungen des Bundesrates anpassen, um noch mehr auf die Dringlichkeit hinzuweisen oder das Votum als erledigt betrachten können.

**Lei, SVP:** Ich empfehle, den Ordnungsantrag abzulehnen. Es besteht kein Grund dafür, dass wir mit der Behandlung der Dringlichen Interpellation bis am Nachmittag um 15.00 Uhr warten sollten. Wir haben nicht so lange Zeit, um darauf zu warten, was der Bundesrat sagt. Es ist gute Tradition, dass eine Dringliche Interpellation sofort behandelt wird. Zudem kann sich der Bundesrat damit anhören, was die Kantone denken. Deshalb

sollten wir die Dringliche Interpellation jetzt behandeln.

**Dransfeld, GP:** Ich bitte die Ratsmitglieder, dem Ordnungsantrag zuzustimmen. Dieser ist sinnvoll, denn um 15.00 Uhr wissen wir etwas mehr.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

**Abstimmung:**

Der Ordnungsantrag wird mit 74:38 Stimmen abgelehnt.